

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesparteitag Leuna

Rede des Landesvorsitzenden

Samstag, 05.03.2022

Gegen den Krieg

Anrede

Bei der Verschiebung des Parteitages hatte ich die Hoffnung auf ein direktes Wiedersehen mit euch. Ich hatte die Hoffnung, dass Corona uns nicht mehr so sehr in Atem hält. Aber, ihr wisst, die Welt-Lage ist noch viel komplizierter geworden: Die Sorgen über die Pandemie werden überlagert von den Schrecken des Krieges. Jeden Tag erreichen uns die Nachrichten aus der Ukraine. Auf Twitter und Facebook halten die Menschen Kontakt zu uns. Keine 1.000 km von hier schlagen die Granaten ein. Der Krieg ist nah. Die Menschen sind uns nah. Und doch, wir können nur ahnen, was das bedeutet. Die Bedrohung, die Angst, die Verzweiflung. Eine Million Menschen fliehen bereits aus dem Land. Sie stehen vor dem Nichts, es geht um Leben oder Tod.

Und deshalb sagt DIE LINKE: Nein zum Krieg.
Die Kämpfe müssen enden – sofort.

Noch vor zehn Tagen war die Welt eine andere. In der Ukraine, aber auch im Rest der Welt. Wir alle glaubten an kollektive Vernunft, glaubten an dauerhaften Frieden. Wenigstens in Europa. Wir haben Kubakrise, die Kriege in Afghanistan, in Tschetschenien oder im Kosovo irgendwie verdrängen können – unsere Normalität, unser Selbstverständnis blieb eine Friedensordnung nach dem II. Weltkrieg. Wir haben an eine geläuterte Welt geglaubt, in der keine Atom-Macht mehr einen Großkonflikt beginnt. Wir haben nicht glauben wollen, dass Russland diese Zuversicht zerstört. Nicht nur DIE LINKE hat sich damit geirrt. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit hat Putin diese Auseinandersetzung eskaliert und einen Angriffskrieg begonnen. Er will die Landkarte neu ordnen. Russland droht mit dem Atomschlag. Dieser Krieg ist eine Zäsur. Die russische Seite scheint unberechenbar und isoliert sich damit immer mehr. Die internationale Sicherheitsdebatte richtet sich neu aus. Mit jedem neuen Tag im Krieg ändert sich die Psychologie – an der Front und jenseits der Frontlinie.

Anrede

Hunderttausende Menschen demonstrierten vor einer Woche in Berlin und anderen Städten gegen den Krieg. Die Angst vor atomarer Zerstörung bewegt wieder Millionen Menschen. Was ich aber in Richtung der eigenen Partei dazu sagen muss: Es wäre ein Irrtum anzunehmen, Pazifismus sei das Leitmotiv der Demonstrantinnen. Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine wurde dort nicht infrage gestellt. Die NATO ist dort nicht der Hauptgegner. Ich kann uns nur davor warnen, dieses neue Sicherheitsbedürfnis zu unterschätzen. Wir müssen endlich anfangen, die Spiegelstriche im Parteiprogramm zu untersetzen.

Ja, eine Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands war eine richtige Forderung der LINKEN. Nun, im Kriegszustand, ist schlicht nicht vorstellbar, wie dies in absehbarer Zeit geschehen soll. Gebot der Stunde bleibt für uns, die Kämpfe zu beenden. Und diese Forderung muss selbstverständlich untersetzt sein mit dem Offenhalten von diplomatischen Wegen, aber eben auch mit dem Druck von Sanktionen.

Schon seit einigen Jahren diskutiert die Bundesregierung über die Steigerung der Militärausgaben. Das ist gar nicht so neu. Jetzt, unter dem Eindruck des Krieges, ist Schluss mit Kleckern, jetzt wird geklotzt: 100 Milliarden Euro für Rüstung kündigte Bundeskanzler Scholz in einer Sondersitzung des Bundestages an. Niemand weiß genau, was das heißen soll. Wer die Bundestagsdebatte am letzten Sonntag verfolgt hat, weiß, nicht nur die Jusos zeigten sich kalt erwischt. Eine Wende der deutschen Verteidigungspolitik wolle man einleiten, behauptet Scholz. Aber, die sogenannte „Trendwende“ bei der Bundeswehr gibt es bereits seit 2015. Seitdem kennt der Verteidigungshaushalt nur eine Richtung: Die nach oben. Allein in den letzten zwei Jahren sind mindestens 50 Milliarden Euro Steuergeld in Rüstungsprojekte geflossen. Diese Milliarden haben an der desolaten Ausstattung der Bundeswehr trotzdem nicht viel geändert.

Ein „Sondervermögen“ Militär im Grundgesetz zu verankern, wie vom Bundeskanzler vorgeschlagen, würde die Rüstung zur Verfassungsnorm aufwerten. Dieser wahnwitzigen Idee und einem über-erfüllten Rüstungsetat werden wir nie zustimmen. Dagegen wäre eine sinnvolle Friedensmaßnahme, russischen Deserteuren mit einem Aufnahmeprogramm Asyl zu geben. Das sind unsere Forderungen. Und, es braucht finanzielle Unterstützung aus Bund und Land für die Aufnahme der Geflüchteten in den Kommunen, das ist eine Friedensmaßnahme, die DIE LINKE fordert.

Aber, unsere Kritik bedeutet auch, DIE LINKE begibt sich hinein in komplexe Fragen zu Bundeswehr und Sicherheitspolitik. Wir müssen nicht nur Nein sagen, sondern müssen auch die eigenen Vorstellungen argumentieren. DIE LINKE muss ihre Konzepte zur internationalen Sicherheitsordnung vorlegen. Muss Reformschritte für die Vereinten Nationen und eine neue internationale Rüstungskontrolle vorschlagen. Mit Plakatsprüchen allein können wir die Sicherheitsdebatten der nächsten Jahre nicht bestreiten. Friedenskraft zu sein, heißt realistische und umsetzbare Ziele zu formulieren.

Allerdings: Realitätsfern ist zuallererst die Ankündigungspolitik der Bundesregierung. Die vergibt ungedeckte Schecks und tut so, als wären Schuldenbremse, 2-Prozent Ziel der NATO plus x und die Corona-Kredite auf der einen Seite und die Energiewende und ein starker Sozialstaat auf der anderen Seite gleichermaßen zu schultern. Während Superreiche weiterhin ihre Steuerfreiheiten genießen, werden die Kosten der Krise wieder sozialisiert. Die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise füllen eben auch über Strom- und Mehrwertsteuer die Staatskasse. Während viele Privat-Haushalte über ihre Stromrechnung verzweifeln, will die Bundesregierung weiteres Steuergeld fürs Militär verbrennen. Das ist absurd. Hier ist Widerspruch von Links, hier ist Opposition notwendig!

Dieser Parteitag reagiert mit einem Dringlichkeitsantrag „Gegen den Krieg“ auf die jüngsten Ereignisse. Wir fordern das Ende der Kämpfe und unterstützen gezielte Sanktionen gegen diejenigen, die diesen Krieg befeuern. Wir skizzieren darin ebenso eine soziale und technologische Antwort auf die Energie- und Preiskrise. Mehr Unabhängigkeit von den Öl- und Gasmärkten kann es nur durch den Ausbau der erneuerbaren Energien geben. 100 Milliarden Euro sollten besser in die Energiewende investiert werden, in Nachhaltigkeit statt in

Zerstörung. Das träfe auch Putins Geschäftsmodell hart und ebenso das von anderen Zockern am fossilen Energiemarkt. Wir mahnen heute auch, zur Differenzierung und zur Vernunft. Russisch-stämmige Menschen berichten vermehrt von Anfeindungen. Hier kühlen also ganz Schlaue ihr Mütchen, während im Kriegsgebiet Menschen um ihr Leben bangen, und in Russland Kriegsgegner um ihre Freiheit fürchten. Lasst uns auch hier zusammenstehen. Der Krieg gehört beendet und nicht in die Fußgängerzone verlängert. Lasst uns diesen Antrag zusammen mit dem Leitantrag hier diskutieren und breit unterstützen.

Auch rufe ich euch auf, zu spenden. Innerhalb Europas sind Millionen auf der Flucht, spenden wir für jede Hilfe. Spendet an das „Aktionsbündnis Deutschland hilft.“

Auch hier vor Ort wird gesammelt, auch in der Fraktion wurde gesammelt, Eva von Angern wird morgen etwas zum Spendenstand sagen. Ich danke allen, die bisher so großartig bei Spenden und Hilfen engagiert haben. Wissen, dass da viel vor Ort gelaufen ist. Danke!

Anrede

Bereits die Corona- Pandemie als weltumspannendes Ereignis hat die Probleme einer globalisierten Wirtschaft freigelegt. Im ersten Lockdown fehlten Medikamente und Masken, weil Grundstoffe hierfür nur noch in Asien produziert werden. In Indien hatten Näherinnen plötzlich kein Einkommen mehr, weil Europa die Massen an billig genähter Kleidung nicht mehr brauchte. Und im strengsten Lockdown in Europa gab es Ausnahmeregel von deutschen Behörden – für wen? erinnert ihr euch? Nein, nicht für Fußballer, sondern zuerst für ausländische Saisonarbeiterinnen für die Spargelernte.

All diese Verwerfungen, den Preis- und Profitdruck gab es bereits vor Corona, wir schauen jetzt nur anders hin.

DIE LINKE führt z.B. seit Jahren eine Pflegekampagne, 100.000 Stellen fehlen mindestens in der stationären Pflege. Aber erst durch die Belastung der Intensivstationen durch Corona stellten Medien und Öffentlichkeit erschrocken fest: Wir haben sogar für vorhandene Betten niemanden, der die Patientinnen darin pflegen könnte. Seit 1991 wurden 500 Krankenhäuser in Deutschland geschlossen. Auch im Coronajahr 2021 waren es neun Kliniken, besonders auf dem Land. Auch bei uns in Sachsen-Anhalt, in Havelberg, protestieren die Einwohnerinnen fast zwei Jahre lang für den Erhalt ihres Krankenhauses. Vergeblich. Genauso in der Pflege: Mit der kann man viel Geld verdienen, nur nicht als Altenbetreuerin und Pflegerin. Sehr wohl aber als Heimbetreiberin oder Betreiber. Die Profitlogik muss raus aus dem Gesundheitsbereich! Und das muss jetzt auch mal durchgefochten werden, denn wagt sich mal jemand vor, gibt es sofort eine entschiedene Reaktion, und zwar von denen, die die Profite erzielen.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat bekanntlich ja nicht nur einen Ostwahlkampf geführt, wir haben viele andere wichtige Themen aufgerufen: Das Problem der Profitorientierung im Gesundheitssystem, oder die unzureichende Besteuerung von global agierenden Konzernen. Wir haben sofort Anwalts-Post erhalten, wir dürften den Pflegekonzern nicht auf dem Plakat zeigen. Anderes Beispiel: Die Sozialministerin des Landes, Frau Grimm-Benne von SPD, hatte vor einiger Zeit in einer Ansprache über die Verwendung von Unternehmensgewinne eines Pflegekonzern gesprochen. Dieser hat sie für diese Aussage verklagt, die Prozesse gewonnen, und ihr damit Strafzahlungen und Gerichtskosten auferlegt. Damit ist die Geschichte noch nicht Schluss, der Konzernvorstand hat auch noch persönlich dafür gesorgt, dass die Ministerin die Kosten von rund 30.000 Euro aus privater Tasche begleichen muss.

Was denkt ihr, was das macht? Es macht vorsichtig, und im Zweifel macht es still.

Die Wirtschaft führt die Politik vor. Und das politische System beugt sich vor Kapitalinteressen und stellt den Schutz des Eigentums absolut. DIE LINKE hat nach wie vor die Aufgabe, die Eigentumsfrage zum Thema zu machen. Wir kritisieren Marktmacht und Kapitalinteressen, da, wo sie die Luft zum Atmen nimmt. Beim Wohnen, bei der Gesundheit, bei der Versorgung mit Wasser und Strom, bei der Mobilität – da muss es um Sicherheit und menschliche Würde gehen, und nicht um Profit.

Das Grundgesetz sagt Eigentum verpflichtet, aber in der Realität verpflichtet es zu nichts. In der Realität frisst sich der Markt in alle Bereiche unseres Lebens. Wir haben dreißig Jahre hinter uns, in der die neoliberale Politik den Staat zusammengestrichen hat. Schulen, Theater, Krankenhäuser, Wohnungen, Universitäten, bei Bus und Bahn – die Bundes- und Landesregierungen haben privatisiert, gekürzt auf Teufel komm raus. Heute werden in allen Bundesländer Lehrerinnen und Lehrer verzweifelt gesucht, und Sachsen-Anhalt ist ganz besonders vom Lehrermangel betroffen. Schon vor einigen Jahren haben wir als LINKE fast ein ganzes Jahr lang zusammen mit Studierenden und Künstlerinnen und Künstlern demonstriert, weil im Landeshaushalt die Theater und die Universitäten zusammengekürzt werden sollten. Heute, sechs Jahre später, stehen wir vor der nächsten Runde: Die Universität Halle soll nun richtig gestutzt werden, Fakultäten sollen schließen. Ein Land wie Deutschland, ohne Bodenschätze und Rohstoffe, muss in seine Köpfe investieren, heißt es so schön. Nur anscheinend nicht in Halle, nicht in Sachsen-Anhalt und nicht im Osten.

Ich habe den Wahlkampf vorhin schon kurz angesprochen. Auch wenn schon einige Monate vergangen sind – wir sehen uns heute zum ersten Mal in großer Runde. Ich danke euch für euren Einsatz, für eure Kritik, für eure Leidenschaft. Wir haben gekämpft und zwar besonders engagiert, eben weil die Umfragen schon nicht die besten waren.

Lasst mich an dieser Stelle einigen Genossinnen und Genossen persönlich danken. Ich danke den Mitgliedern des Landesvorstandes, die heute nicht erneut kandidieren. Herzlichen Dank für eure Arbeit im Landesvorstand, für eure Anregungen, euren Einsatz, eure Kritik und euern Elan.

Einige Abgeordnete und Amtsträger haben im letzten Wahljahr den Wiedereinzug in das Parlament nicht geschafft, oder, sie haben nicht mehr für Ämter kandidiert.

Viele Jahre parlamentarischer Arbeit, viele Jahre Engagement in der Kommune, herausgehobene Verantwortung im Landesverband und der Fraktion habt Ihr gestemmt:

Ich danke euch, auch im Namen des Landesparteitages: Danke und alle guten Wünsche für die weiteren Vorhaben. Bleibt weiter an unserer Seite, wir brauchen Euch!

Ich erwähnte vorhin bereits, dass wir im Wahlkampf auch das Thema Ostdeutschland platziert hatten. Ich wiederhole hier und das sehr deutlich: Die Unwucht zwischen Ost und West ist ein Thema der sozialen Gerechtigkeit und selbstverständlich ein Thema für DIE LINKE. Wir haben im Landtagswahlkampf 2021 besonders provokativ auf die Lage der Ostdeutschen verwiesen. In einer Zuspitzung, die die Öffentlichkeit bewegt hat, aber eben auch den Landesverband. Mit dem Blick zurück würde ich das Verfahren anders wählen, beim nächsten Mal Entscheidungen transparenter machen. Mit Blick nach vorn verdient das Thema allerdings alte und neue Aufmerksamkeit, Informiertheit und auch neue vergleichende Perspektiven.

Denn warum war die politische Elite bis vor wenigen Jahren fast ausschließlich männlich und westdeutsch? Und warum ist es die wirtschaftliche Elite heute immer noch? Doch nicht, weil

50 Prozent Frauen, 25 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte oder 20 Prozent Ostdeutsche in der Bundesrepublik das schlechter machen würden als die sogenannte Mehrheit. Sondern, weil die Dominanzgesellschaft die Regeln definiert. Und weil Spitzenfunktionen Einfluss sichern. Und an diejenigen weitergeben werden, die der gleichen Dominanzkultur angehören.

Ich höre manchmal den Einwand, hör mir auf mit den alten Geschichten über die Nachteile für den Osten. Aber das Schlimme ist doch, die ollen Kamellen sind eben auch die aktuellen. Es ändert sich faktisch nichts.

Wenigstens gibt es eine neue Sensibilität in den Medien und in der Politik für das Thema. Die Landesregierungen im Osten schwingen sich neuerdings zum Ostversther auf, Reiner Haseloff ist da immer ganz vorn dabei. Zur Wahrheit gehört aber, dass Haseloff beim Verwalten des Status Quo in den letzten Jahren auch immer vorn dabei war. Und alles dafür getan hat, dass sich nichts verändert, nichts verbessert. Der Osten verdient mehr! Mindestens gleichen Lohn, gleiche Rente und gleiche Arbeitszeit!

Ich habe mich mit Christa Luft getroffen. Ihr öffentlicher Austritt aus unserer Partei hat mich sehr bewegt. Ich teile nicht alles in ihrer Analyse. Aber ich denke auch innerhalb der eigenen Partei haben wir zu oft versäumt, uns gegenseitig zuzuhören. Christa hat die Transformationszeit der 1990er an verantwortlicher Stelle miterlebt. Als Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung kann sie sehr kundig davon berichten, wie ignorant und ungebremst die Bonner Dampfwalze die Wirtschaftsstrukturen im Osten plattgemacht hat. Das sage ich bewusst auch hier am alten und neuen Industriestandort in Leuna. Dieses Thema reicht bekanntlich bis in die Gegenwart. Und ein neuer Strukturbruch steht mit dem Ausstieg aus der Braunkohle an. Christa Luft hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, an unserer Arbeit zum Strukturwandel und einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung für den Osten mitzuwirken. Zusammen mit den Genossinnen und Genossen des Burgenlandkreises, dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion wollen wir hier einen Schwerpunkt in den nächsten Monaten setzen.

DIE LINKE wird das Thema nicht liegenlassen. Ich denke, wenn wir mehr Menschen aus Ostdeutschland, und mehr mit Migrationsgeschichte, und wenn wir mehr Frauen in Führungspositionen brächten, gäbe es einen anderen Diskurs in der Bundesrepublik. Es wäre endlich ein Thema, dass genau diese Gruppen, auch die Gruppen sind, die im Schnitt weniger verdienen, weniger Rente bekommen, öfter in Teilzeit und im Niedriglohnssektor arbeiten müssen. Dass harte, schlecht bezahlte Arbeit und Armut ein migrantisches Gesicht hat, und eben oft auch ein weibliches und ein ostdeutsches, ist doch die Realität.

Klickt euch mal durch die Reden im Landtag und Bundestag zur Deutschen Einheit. Wessen Einheit da eigentlich beschrieben wird. Welche Lobhudelei besonders die CDU da seit über 30 Jahren abgspult hat. Die Bundesrepublik ist aber längst ein anderes Land geworden, nicht erst seit 1989. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat Eltern, die nicht in der alten Bundesrepublik geboren wurden. Deshalb müssen sich auch die Sprecher:innenpositionen im Land verändern, die dies sichtbar machen. Die Erfolge, von den die Bundes- und die Landesregierung in ihren Sonntagsreden spricht, sind doch nicht ihre. Das sind doch die Erfolge der einzelnen Leute. Die haben sich selbst ihren Weg gesucht, einen beruflichen Neuanfang in Ost- oder Westdeutschland gewagt und gemeistert. Nach dreißig Jahren deutscher Einheit wäre es an der Zeit zuzugeben, dass die völlige Zerschlagung der DDR-Industriekerne ein gewaltiger Fehler war. Gut 70 Jahre nach den ersten Gastarbeiterabkommen wäre es an der Zeit

zuzugeben, dass es die migrantischen Communitys selbst sind, die für ihre Rechte und mehr Sicherheit eintreten und sich nicht mehr mit ihrer Deklassierung abfinden wollen. Die als einzige und erste gegen die Mordserie demonstriert haben, die später dem NSU zugerechnet werden konnte. Die es in Hanau geschafft haben, die Betroffenen von Terror und Gewalt in den Vordergrund zu stellen und nicht wieder den Täter.

Was heißt das vor dem Hintergrund unseres Grundgesetzes? Dort steht: Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz. Aber wir wissen, in der-Realität wird diese Gleichwertigkeit täglich unterlaufen. Gerhart Trabert, unser Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, bringt es auf den Punkt: Armut macht krank, und Krankheit macht arm. Und genau deshalb ist eine starke, linke soziale Kraft so bitter notwendig!

Anrede

Wir leben in Zeiten großer Dynamik. Auch DIE LINKE muss sich verändern, gerade nach diesen Wahlen. Auch wir befragen uns heute als Landesverband, wir suchen neue Wege als Organisation und politische Kraft. Bisher läuft dieser Prozess größtenteils sachlich und respektvoll. Dies sollte für eine solidarische Partei auch so bleiben, denn alle hier engagieren sich nach bestem Wissen und Gewissen für unsere Partei. Ich weiß, es herrscht große Unsicherheit. Aber wir alle sind Mitglieder der LINKEN, jeder aus guten Gründen. Links sein, bedeutet, die Interessen derer zu organisieren, die allein nicht durchdringen können.

Wir wollen, dass Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Frieden die Leitbilder einer Gesellschaft sind. Aber unter den großen Worten ist viel Platz zur Interpretation: Ich bin doch verwundert, wie sicher sich einige Genossinnen und Genossen bei der Fehleranalyse sind. Besonders problematisch sei der Landtagswahlkampf gewesen, sagen einige. Allerdings hat die Partei wenige Monate später auf breiter Front eine Klatsche bekommen. Wir hätten uns als Partei zu sehr angebiedert, höre ich.

Zum anderen lese ich, und zwar etwas öfter, wir hätten rot-rot-grün eigentlich zu lange ausgeschlossen. Oder, wir würden zu wenig vom Kapitalismus reden, andere meinen, es ist zu viel. Vielleicht ist doch das Schwierige, dass an allem etwas dran ist.

Und die Herausforderung, dass wir als Sozialist:innen beantworten müssen, wie eine Gesellschaft mit widerstreitenden Interessen demokratisch verbunden bleiben kann. Im Kern entsprechen unsere Fragen auch den Suchbewegungen von Mehrheiten: Inwieweit kann ein ökologischer Umbau innerhalb einer Marktwirtschaft gelingen?

Können wir Wohlstand für alle Regionen der Welt erreichen? Wird uns die Digitalisierung und Automatisierung die Arbeit kosten oder das Leben erleichtern?

Auch das politische System und die öffentliche Kommunikation stehen unter Veränderungsdruck. Wählerinnen und Wähler sind heute viel seltener Mitglieder der Parteien oder gehören zu deren Stammpotential. Demokratie ist kein unangreifbarer Wert mehr aus sich selbst heraus. Das Modell kapitalistischer Produktion findet sich sowohl in demokratischen Staaten als auch in autoritären. Die Wahrheit ist relativ, und im Internet noch relativer. Atomkriegsgefahr, Inflation, Systembruch von rechts – knapp 80 Jahren nach dem II. Weltkrieg ist das Undenkbare nicht mehr undenkbar.

Gleichzeitig gibt es große neue Bündnisse. Eine Jugendbewegung setzt die Klimapolitik unter Druck und macht so auch die globalen Verteilungskonflikte neu zum Thema. Die Forderung von bezahlbarem Wohnen, das Recht auf gesunde Lebensmittel und besseren Lohn, die

Sehnsucht nach Frieden bringen Hunderttausende auf die Straße, vor allem in den Metropolen der Welt. Antirassismus und geschlechtliche Selbstbestimmung sind Querschnittsthemen der aktuellen gesellschaftlichen Debatten geworden.

Was heißt das für DIE LINKE?

Der wachsende Abstand zur Arbeiterklasse sei unser Problem, lese ich in einem Änderungsantrag. Und weiterhin, wir müssen uns ferner von rot-grün verorten.

Da frage ich mal zurück, was nützt denn der Arbeiterklasse unser Abstand zur Staatskanzlei oder dem Kanzleramt? Dauerhafte Opposition ist kein Alleinstellungsmerkmal. Sie wird zum Ausschlusskriterium bei potenziellen Wählerinnen und Wählern. Und sie führt in programmatische Sackgassen und Selbstbeschäftigung. Unsere Positionen sind wichtig, unsere Ziele ehrenhaft. Aber wenn sie nicht glaubhaft und mit niemanden umsetzbar sind, verpufft unsere Arbeit. Wir brauchen weniger Haltelinien, sondern mehr Debatten nach vorn. Und vor allem mehr Linien, die in die Zukunft weisen.

Unser Abstimmungsverhalten zum Evakuierungseinsatz aus Afghanistan vermittelte eben auch die Botschaft, dass wir mit den schwierigen Entscheidungen unserer Zeit eigentlich gar nicht so viel zu tun haben wollen. Der Ukrainekrieg zeigt aber schmerzhaft auf, die Krisen wollen und müssen gelöst werden. DIE LINKE kann sich nicht mehr an den Leitplanken des Kalten Krieges festhalten. Sicherheitspolitik ist kein Traditionskabinett.

Der Parteivorstand stellt sich diesen Debatten und ich danke Wulf Gallert ausdrücklich für seine Arbeit dort. Und Matthias Höhn dafür, diese Prozesse neu angestoßen zu haben, als man damit noch ziemlich einsam dastand. Als Landesverband müssen wir stärker rein in die Diskussionen der Bundespartei. Neben einer Vernetzung der Ostverbände brauchen wir doch ebenso die Verbindung zwischen Ost- und Westverbänden, zwischen Bundespolitik und den regionalen Ebenen. Wir wissen, nur durch eine Stabilisierung der Bundespartei, nur mit einem gemeinsamen Strategieprozess finden wir wieder zu neuer Stärke.

Wir fangen an im eigenen Landesverband. In der eigenen Landtagsfraktion. Wir haben uns zu einer neuen Arbeitsweise verabredet. Ich danke unserer Fraktionsvorsitzenden Eva von Angern dafür, einen ehrgeizigen Prozess eingeleitet zu haben. Unsere Fraktion ist kleiner geworden, aber die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen, auch im Wahlkreis und den Regionen, kompensieren das mit viel Kraft. Auch dafür vielen Dank an euch.

Denn wir müssen uns bei laufendem Betrieb hinterfragen und erneuern. Wir müssen es eben zusammenbringen: Analyse und Arbeit, Reflexion und Ausstrahlung, Kritik und Einladung an neue Mitglieder. Wir wollen neben der parlamentarischen Arbeit regelmäßig auch mit dem Ehrenamt, mit interessierten Mitgliedern und Fachleuten zusammenkommen. Wir haben eine neue Öffentlichkeitsstrategie, die uns und unsere Oppositionsrolle sichtbar macht. DIE LINKE ist ansprechbar, wir sind in der Lage, unsere Möglichkeiten auszuschöpfen. Bald wird es wieder mehr direkte Begegnung geben. Strahlen wir auch aus, dass unsere Büros offenstehen. Vielen Dank an euch alle, an die Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden fürs Durchhalten unter Coronabedingungen, für die Bereitschaft neue Wege zu gehen.

Nutzen wir die Erfahrungen aus der Coronazeit, bringen wir digitale Formate und Vor-Ort Begegnung in ein gutes Zusammenspiel. Nutzen wir besser unser Wissen und unsere Kraft, im Bund und landesweit.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit. Und im Namen von euch allen: Gegen den Krieg!